

Saale-Beitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Angeligen... werden die... über dem... und in... und alle... zusammen... Klammern... Schick... in... über... -... in... sind... Brief... Er... Sonntag... Schrift... 17...

Druckpreis... 1.10... 3.25... Beschlüsse... im... für... Nachdruck... General... 1140... 1142... 1139...

Nr. 97.

Halle, Dienstag, den 27. Februar

1917.

Rühne Vorstöße unserer Torpedoboote an die englische Küste. Erfolgreiches Eindringen in die Themsemündung.

Eine neue Botschaft des Präsidenten Wilson.

E. K. Amsterd., 25. Februar. Unlässlich der Inauguration des Präsidenten Wilson am 4. März, die infolge der im Herbst erfolgten Neuwahlen erforderlich wird, beschließt Präsident Wilson eine neue Botschaft zu erlassen, der große politische Bedeutung beigemessen wird. Wilson wird sich mit seiner Botschaft nicht nur an die Vereinigten Staaten, sondern auch an die Neutralen und kriegsführenden Mächte wenden. In politischen Kreisen Washingtons wird erwartet, daß die Botschaft zum mindesten keine Verschärfung der deutsch-amerikanischen Beziehungen zur Folge haben wird.

Die österreichische Note an Amerika.

T. U. Berlin, 26. Februar. Wie die „T. M.“ erfährt, ist die Antwort Österreich-Ungarns an Amerika über den U-Boot-Krieg fertig gestellt und wird in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangen. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung an Amerika in dem gleichen Sinne gehalten sein wird wie die deutsche. Im rücksichtslosen U-Boot-Krieg gibt es kein Zurück mehr.

E. K. Wien, 26. Februar. Der Berichtsfasser der „Gepäck-Korrespondenz“ hatte Gelegenheit, mit einem Vertrauensmann der hiesigen amerikanischen Botschaft zu sprechen, der gestern mit dem Botschafter Penfield eine längere Unterredung hatte. Der Botschafter äußerte sich über die österreichisch-amerikanischen Beziehungen in optimistischer Weise und erklärte, er sei ein Freund Österreichs und mit aller Kraft bemüht, die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Er erhebe die Hoffnung nicht auf, daß ihm dies gelingen werde, um so mehr, als er in dem Minister des Äußeren, Grafen Czernin, einen verständnisvollen Partner habe, der von den gleichen Intentionen befeuert sei.

Ueber den deutsch-amerikanischen Konflikt äußerte sich Penfield in nicht pessimistischer Weise, indem er die Hoffnung ausspricht, daß es beim heutigen Stand der Dinge bleiben werde.

Spionensucht.

WTB. Bern, 25. Februar. Information meldet aus Washington: Admiral Griffin hat bekannt gegeben, daß Konstruktionsgeheimnisse über Schachtkreuzer ins Ausland gelangt seien. Wegen einiger amerikanische Schiffbauer sei die Untersuchung eingeleitet.

Die Versuchsschiffe.

T. U. Genf, 26. Februar. Aus Bordeaux wird dem Matin gemeldet, daß man in den nächsten Stunden bereits der Ankunft des amerikanischen Dampfers „Orleans“ entgegenhe. „Rochester“ und „Orleans“ unterscheiden, wie das gleiche Blatt meldet, ihre Reise nach Europa auf die persönliche Initiative der beiden Direktoren der „Kurz Steamship Company“.

T. U. Bern, 26. Februar. Die Handelskammer Bordeaux erklärt: Es wäre unmöglich, daß die „Orleans“ in der Vergangenheit ankomme. Auf dem Meer verliert die Besatzung die neuesten Nachrichten über die „Rochester“ Hingen völlig unbekannt. Man weiß über das Schiff seit seiner Abreise aus New York gar nichts.

Die größte Gefahr seit den Napoleonischen Kriegen.

In der demütigsten U-Bootsdebatte des englischen Oberhauses vom vorigen Dienstag, in der Lord Beresford als Sixth-Whip-Kämpfer auftrat, sprach ein anderer Redner, der Minister Lord Curzon, davon, daß England die größte Gefahr zu überwinden habe, die dem Lande jemals seit den Napoleonischen Kriegen begegnet sei.

Wie groß diese Gefahr in Wirklichkeit für England ist, ergibt sich am allerdeutlichsten aus einer kritischen Betrachtung der von den einzelnen Rednern jener Debatte gehaltenen Reden. So führte Lord Curzon aus, daß von der gesamten englischen Flotte 710 000 T. der Handelsflotte für die Zwecke der Marine und des Krieges, sowohl Englands wie seiner Alliierten, verwendet werden, und daß die übrigen 15 Millionen 25 Prozent der Versorgung der Zivilbevölkerung der letzten Ziffern von 1916 für das Jahr 1916 würde sich danach ergeben, daß der Zivilbevölkerung Englands für die Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse heute nur noch ein Frachtraum von etwa 5 125 000 T. zur Verfügung steht. Nun hat in derselben Debatte Lord Beresford angegeben, daß in den letzten beiden Tagen (also in

Ämtliche Meldung des Admiralsstabes.

WTB. Berlin, 26. Februar. (Ämtlich.) In der Nacht vom 25. zum 26. Februar stießen Teile unserer Torpedobootstreitkräfte unter Führung der Korvettenkapitäne Tilsen und Albrecht (Konrad) in den englischen Kanal bis über die Linie Dover-Calais und in die Themsemündung vor. Die im Kanal gestellten englischen Zerstörer wurden nach heftigen Artilleriegefechten zersprengt. Mehrere von ihnen wurden durch Treffer beschädigt und gingen weiteren Kämpfen durch schleunigen Rückzug aus dem Wege. Unsere Boote erlitten keine Verluste oder Beschädigungen. Im übrigen wurde in diesem Gebiet von Segnern nichts geseht. Ein anderer Teil unserer Torpedoboote drang, ohne irgend welche Bewachung anzutreffen, bis nach Nord-Friesland und in die Dornes vor. Die militärischen Küstenanlagen auf Nord-Friesland, die dahinter liegende Stadt Margate sowie einige dort unter Land zu Unter liegende Fahrzeuge wurde mit beobachteter gutem Erfolge unter Feuer genommen. Handelsverkehr wurde nicht angegriffen. Auch diese Boote sind vollständig und unbeschädigt zurückgekehrt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der ämtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

Ein englischer Vorstoß bei Arras gescheitert.

WTB. Berlin, 26. Februar, abends. (Ämtlich.) Ostlich von Arras scheiterte mittags ein englischer Vorstoß, im Salzin-Wald mit sich abends die Gefechtsstätigkeit gelagert. Im Osten nichts Besonderes.

Letzte Depeschen.

Die deutsche Offensiv im Westen mit dem U-Bootkrieg begonnen.

T. U. Haag, 26. Febr. Die U-Boot-Gefahr bildet nach wie vor den Gegenstand der Erdörterung in der englischen Presse. Bemerkenswert ist jedoch die Ausprägung des Krieges als „Handheller Guardian“, welcher sagt, daß der U-Boot-Krieg einseitig der Verlust sei, die englische Flotte zu umgehen und daß also die deutsche Offensiv im Westen mit dem U-Boot-Krieg tatsächlich schon begonnen habe. Die Absicht des U-Boot-Krieges sei die englische Armee von ihrer Basis abzuschneiden, und selbst wenn es der englischen Armee gelänge, die deutschen Stellungen zu durchbrechen, seien die Engländer verloren, wenn zu gleicher Zeit der U-Boot-Krieg erfolgreich sei, da alsdann das englische Meer von seiner Versorgungsbasis abgeschnitten sei.

Interessant ist auch eine Bemerkung des früheren englischen Zivil Lords der Admiralsität, Lambert, der der Admiralsität vorwarf, sie habe die Wiederaufnahme des deutschen Tauchbootkrieges überhaupt nicht vorausgesehen, und sie habe weder die Möglichkeit noch die Mittel, diesen U-Boot-Krieg zu bekämpfen. Der jetzige Flottenadmiral Sir Edward Boscworth Murray wußte für diese Klageung dem früheren Zivil Lord der Admiralsität gehörig den Kopf, und die „Morning Post“ schließt sich in einem Leitartikel diesem Bericht an. Der Flottenadmiral der „Times“ veröffentlichte am 19. Februar einen Artikel, in dem er die Klageungen Brothors vom 20. Dezember als Motiv voranstellt: Das ganze Land müsse endlich begreifen, daß wir eine belagerte Stadt sind. Es wird darin eine Klageung Lord Milners angeführt, wonach Deutschland 200 Unterseeboote besitze. Die schlechte Wetterlage hat die Zufuhr der Weismemoräre vermindert und außerdem seien wenig Schiffe zur Verfügung, die überdies noch viel größere Strecken zurücklegen müßten, um das nötige Getreide zu holen.

Der 18 000 Tonnen-Dampfer „Lakonia“ torpediert.

WTB. London, 26. Febr. Neuter-Meldung (ämtlich.) Der Passagierdampfer der Cunard-Linie „Lakonia“, 18 000 Brutto-Registertonnen, der von New York kam, wurde ohne Warnung torpediert. Ein Schiff mit 270 Überlebenden der „Lakonia“, darunter eine Anzahl Passagiere, wird am Mittwoch im Hafen erwartet. (Letzte Depesche siehe auch Seite 4.)

der Zeit vom 6.—13. Februar) 150 000 Tonnen Frachtraum verloren gegangen seien, von denen 105 000 Tonnen erglüh waren. Dies würde also auf den Tag 15 000 Tonnen, im Monat 450 000 Tonnen ausmachen, d. h. also annähernd 8 v. H. des verfügbaren britischen Frachtraumes. Es würde also unter Zugrundelegung dieser Ziffer für die Versorgung Englands in sechs Monaten nur noch die Hälfte des heute verfügbaren Frachtraumes vorhanden sein. Es ist auch zu bedenken, daß die Ziffer für England noch ungenügender wäre, wenn man, wie es Lord Curzon als Redner der Admiralsität tat, von dem Schiffen über 1000 Tonnen ausreicht, die im ganzen einen Tonnengehalt von 16 Millionen, also für die Zivilbevölkerung nur einen solchen von 4 Millionen, darstellten, — eine Ziffer, die man um so eher in die Berechnung einbringen kann, als die Durchschnittsgröße der von uns besetzten Handelschiffe sich zwischen 1500 und 2000 Tonnen für das Schiff bewegen dürfte. Charakteristisch war endlich an der Debatte die häufige Einschleifung von Bemerkungen wie: „Wenn wir nur kühl bleiben und uns auf die Marine verlassen“ (Lord Curzon), oder: wenn die Regierung dem Volke von vornherein mitteilt, welche Opfer nach zu bringen seien, „so würde keine Panik entstehen“. Dergleichen Bemerkungen zeigen doch, daß es in den Gemütern der englischen Minister und der ersten parlamentarischen Redner nicht so ruhig aussieht, wie man es nach außen hin klingen lassen möchte. Von den jähren Neben wird jedenfalls das „Kühlbleiben“ des englischen Volkes nicht abhängen; die Tatsachen werden bald eine andere Sprache reden als die Herren des englischen Oberhauses.

Die Versenkung der holländischen Schiffe.

T. U. Amsterdam, 26. Februar. Die holländische Presse und die Öffentlichkeit verhalten sich abwartend. Aus dem Haag wird angeblich von der Regierung nachstehenden Kreisen gemeldet, der Ministerpräsident werde sich diesem mit einem Protest und dem Verlangen nach Entschädigung begnügen, sondern den Wunsch aussprechen, die deutsche Regierung möge auf andere, den holländischen Interessen mehr entgegenkommende Art für die Verluste Ersatz leisten. Gemeint ist zweifellos der direkte Schiffsverlust. Ferner verläuft: Der holländischen Regierung war die Torpedierung schon bekannt, der Minister hielt jedoch die Nachricht aus Furcht vor Unruhen zurück. Die Bekanntmachung erfolgte, als feststand, daß alle Menschen gerettet seien. In einem Interview sagte einer der holländischen Schiffsführer in London: Das U-Boot feuerte, bis alle Schiffe truppen. Dana kam das U-Boot an jedes Schiff heran, gab der Besatzung fünf Minuten Zeit für die Rettung und sagte, es müße die Schiffe verlassen, da sie in englischen Gewässern angegriffen seien.

T. U. Haag, 26. Februar. Sämtliche holländische Blätter besprechen die Torpedierung der sieben holländischen Dampfer in Leitartikeln. Obgleich sie die Bestürzung und Erregung, welche die Nachricht hervorgerufen haben, betonen, sind sie im allgemeinen gemäßigt und besonnen geblieben. Es wird hervorgehoben, daß gerade am 22. Februar nur eine relative Sicherheit von Deutschland zugefakt war. Der „N. R. C.“ meint, der Verlust habe gezeigt, daß die deutschen U-Boote freies Spiel auf dem Meere hätten. Das Blatt fordert eine weitere Einschränkung der Protektionen, da die Welt steigt. Zwischen Kriegführenden Nationen gelegte, die einseitig: anzubringen tradieren, wird unter Land immer mehr das Opfer. England hätte die Schiffe vor dem Ablauf der Frist abfahren lassen können, um das Unglück zu verhindern. Deutschland kann das selbe finden, indem es gleichwertige Schiffe zur Verfügung stellt. Der Schluß, der blind seine Schiffe abgibt, ist Deutschland und das Wild, daß sich nicht in das Gebiet begeben darf, ist England.

Die vernichteten holländischen Dampfer in Deutschland versichert.

T. U. Rotterdam, 26. Februar. Der „Rotterdamse Courant“ erfährt, daß bei der Versicherung der vernichteten holländischen Dampfer und Ladungen außer holländischen auch deutsche Versicherungsanstalten mit anschließenden Summen beteiligt sind.

Rußland.

Brusslow macht Jagd auf deutsche. E. K. Stockholm, 26. Februar. Wie „Rijet“ meldet, hat General Brusslow, der sich noch vor einigen Monaten über die Kriegsziele Russlands in der extremsten Weise geäußert hatte, nun seine Anschauungen einigermaßen geändert. Seit nun hat der General ausländischen Zeitungsberichterstattungen gegenüber erklärt, der Krieg müßte bis zum Ausbruch geführt werden und zwar so lang, bis die deutsche Armee gänzlich vernichtet sei. Neuerdings jedoch hat sich General Brusslow wesentlich milder ausgesprochen, indem er sagte, daß Russland keinerlei Interesse daran habe, die deutsche Ar-



Widerstand gänzlich zu vernichten. Es genüge, jene Deutschen Persönlichkeiten, denen die Verantwortung für die Auslösung des Krieges zufalle, zu bestrafen. „Denn“ findet diese Meinungsänderung recht auffallend und erklärt, daß sie dem Geiste vullpreche, der gegenwärtig die russische Armee beherrscht.

Sasjanow gegen Stürmer.

E. K. Stockholm, 26. Februar. Dem Organ der Rechten, der „Ruskoje Znamia“ zufolge, wurde Stürmer, der von seiner Meise nach dem Innern Sibiriens wiederum nach Petersburg zurückgekehrt ist, mit dem Ausdruck lebhaftester Sympathie begrüßt. Man scheint zu erwarten, so meint das Blatt, daß Stürmer seine Friedensideen wiederum aufgreifen wird. Einer der heftigsten Gegner Stürmers, Herr Sasjanow, soll, wie es heißt, alle Seelen in Bewegung setzen, um die Aktion des früheren Ministerpräsidenten zu durchkreuzen. Dies ist auch angeblich der Grund dafür, daß Sasjanow seine Meise nach London noch nicht angetreten hat. (Der eigentliche Grund dürfte wohl der verhängnisvolle 11. Februar sein. Am 11. Feb.) Der frater Sasjanow lebende englische Volkstheater Buchhändler trägt auch viel dazu bei, um Sasjanow möglichst lange in Petersburg zurückzuführen. Die Defensivpolitik verstoßt nun mit großem Interesse und nicht geringer Spannung den zwischen den beiden Männern einkehrenden Kampfe.

Pokrowsky demissioniert?

Stockholm, 26. Februar. Laut Uto Wolff äußerte Pokrowsky zu Dummitzlebern die bestimmte Absicht, seinen Posten zu verlassen. — Gegen den Oberpotentatario Nowoj steht bei dem ersten Department des Reichsrates eine Verhandlung wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt in einer in Petersburg vielbesprochenen Ehehehungsangelegenheit bevor. Kupsko Esmo hindert den Abgang Nowoj an.

Der Appetit der Japaner.

E. K. Stockholm, 26. Februar. Die japanische Regierung verlangt von Rußland für die Lieferung von Kriegsmaterial weitere Zugeständnisse und fordert dem „Uto Wolff“ zufolge neben Kompensationen aus dem asiatischen Festland eine Rußland gehörige Inselgruppe. Zu militärischen und politischen Kreisen Rußlands ist man über die japanische Politik enttäuscht und entschlossen, keinen weiteren Konzessionen zu machen.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Die englische Flotte gegenüber Neutrales.

C. B. Berlin, 26. Febr. Eins unserer U-Boote traf am 16. Februar den holländischen Dampfer „Vieringen“, der von Rotterdam nach Rotterdam getrieben wurde. Die Besatzung nicht weniger als zwei Monate unterwegs war. Die Engländer hatten den Dampfer nach Kirkwall und von dort nach Galloway geschleppt und schließlich nach Dornmouth gebracht. Endlich durfte der Dampfer über die Schottland-Inseln nach Hause fahren. Der bisherige Fürsorge der englischen Regierung für die neutralen Schiffe schießt sich das Verfahren an, neutrale Schiffe in englischen Häfen zurückzuführen, um sie dann in gefährdeten Gebieten nach Ablauf der vorgegebenen Schutzfrist auslaufen zu lassen.

Frankzösische Hoffnungen.

In einer Marmeladenbühne, die dem Kriegesgefangenen Genard in im Lager Altengraben aus Paris zugesellt wurde, sprach sich bei der Prüfung der Sendung ein Brief vom 16. Dezember 1916, der einen bemerkenswerten Einblick in die französische Stimmung gestattet. Es heißt darin: „Hätte wieder Mut, mein Lieber, vielleicht sind wir dem Frieden nahe. Deutschland hat — es ist wirklich wahr — den Vortieren ein Friedensangebot gemacht, doch zweifle ich, daß wir es annehmen. Wenn nur von uns abhängig, würde es, glaube ich, bald ein Ende geben: aber die Engländer haben uns in der Hand; sie sind stolz und wollen noch nicht ablassen. Bis zum Ende, sagen sie. Bis zu welchem

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 26. Februar. Unklar wird verlautbart:

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Nichts von besonderer Bedeutung.

Front des Generaloberst Erzherzog Josef

Nordwestlich des Tarentiner-Balles schlugen unsere Truppen einen neuerlichen Angriff im Hauptangriffsstempel ab.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich von Bergung wurde ein neuer russischer Vorstoß abgelehnt. Westlich von Luc überließen unsere Vorposten mehrere feindliche Feldmarchen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nachmittags setzte wieder an der küstentüchtigen Front und in einzelnen Trosser Divisionen höchstens Kavallerieerfolge ein. Bei Treviso drängen unsere Truppen nach in eine stark besetzte feindliche Sappe ein, zerstörten diese und vernichteten die Besatzung bis auf einige Leute, die als Gefangene eingebracht wurden.

Südbösterreichischer Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

v. Sayer, Feldmarschallleutnant.

Ende? frage ich. Sie wollen die Vernichtung Deutschlands, das Ende seines Militarismus. Aber das ist nicht so leicht. Man verneint eine so jurstbare Macht nicht so leicht, und wenn diese Herren, die Engländer, ihr Wort halten wollen, würde es, glaube ich, noch sehr lange dauern. Denn entgegen dem, was gesagt wird, fehlt es Deutschland an nichts. Du wirst einsehen, daß ein so starkes Volk nicht bezwungen werden kann. Das kann man nicht erwarten. Vielleicht hat die Demokratie mehr Lust, uns den Frieden zu bringen, oder besser noch, eine Revolution sollte die Dinge endlich in Ordnung bringen.“

Breußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 26. Februar.

Am Ministerische Dr. Beisler, Präsident Graf Schwerin-König eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Beratung des Zultizetats

wird fortgesetzt.

Abg. Widde (freisohl.). Die Aufhebung seiner Amtsgerichts wäre unerwünscht. Den Hausbesitzer muß durch Erleichterung der Hypothekenselbsthaftung Hilfe gebracht werden. Wir stimmen den Reformvorschlügen des Ministers zu mit der Maßgabe, daß einschneidende Veränderungen unterlassen werden. Die Entlastung der Gerichte würde erreicht werden, wenn die Vollzeit ermöglicht würde, Strafen bei Vergehen gegen wirtschaftliche Kriegsverordnungen bis zu 150 Mark zu erlebigen.

Abg. Hünich (Soz.). Den Bestrebungen auf Vereinerung der Gerichtskosten werden wir uns widersetzen. Wir treten entschieden für die Beibehaltung der Schwurgerichte ein, die wir für die besten Erziehungsinstitutionen der Rechtspflege halten. Bei Lebensmittelverkehr wäre die Abtrennung der bürgerlichen Ehrenrechte neben Gefängnisstrafe am Platz.

Abg. Ranjow (fortschrittl. Volksp.). Ich bebaure die Haltung, die der Minister am Sonnabend gegen Bell eingegangen hat, als dieser sich beschwerte, daß Anweisungen erlangten seien, in denen freigeige Bestrafung der Vergehen gegen Kriegswirtschaftliche Verordnungen gefordert wird. Der Minister möge bedenken, daß wir im Parlament zur Kontrolle der gesamten Verwaltung da sind, und daß wir daher erwarten können, daß der Minister unseren Be-

schwerden sein Ohr leihen und das Nötige zur Befestigung der Mißstände tun wird. Die Lage der Kriegsteilnehmer ist dringend einer Verbesserung bedürftig. Wir begrüßen es, daß der Minister sich nicht wie die englischen zu Anklägern der Politik machen. Die Unabhängigkeit der Richter muß eifrig erhalten werden.

Justizminister Dr. Beisler: Retreffend die Befestigung des Grundgesetzes soll die Unabhängigkeit in jeder Weise gesichert bleiben. Das Laienemittel soll in der Strafrechtspflege durchaus nicht gemindert werden. Bell beschränkte sich am Sonnabend darüber, daß von den Dienstausführenden verurteilt wurde, die Entscheidung der Richter zu beeinflussen. Ich mußte darin einen Vorwurf gegen mich erblicken. Darauf will ich erklären, daß ich mich mit einer gewissen Erregtheit dagegen gemandt habe. Ich bin mir bemüht, auf alle Fragen und Unternehmungen Rede und Antwort zu stehen. Ich bin gern bereit, die Lage der Arbeiter bei meiner Verwaltung zu verbessern. Ich werde darauf zu bestehen, daß die Gerichtsverfassungen den richtigen Teil und die richtige Form beobachten und jedes verletzende Wesen unter allen Umständen vermeiden.

Abg. Beisler (natl.): Für eine Vereinfachung in der Justizverwaltung treten auch wir ein. Nur legen wir Wert darauf, daß mehr das Substanz Vorteil davon hat als die Rechtspflege. Das Laienemittel soll weiter beibehalten werden. Die Forderung ist berechtigt, daß die Vorstände gegen die Angeklagten ohne Vorwissenheit auftreten. Wenn aber bei einem Schwurgerichte ein Angeklagter seit vier Monaten mit allen Schritten und in böswilliger Weise vorgeht, so ist es erklärlich, wenn einmal dem Vorsitzenden die Güte überläßt. Die Schuld liegt da am Angeklagten. (Zusammenkunft.) Die Unabhängigkeit der Richter ist durchaus gesichert.

Nach kurzen Erklärungen der Regierungskommissionen, des Abg. Ranjow und des Ministers Dr. Beisler bemerkte Abg. Bell (Zentr.), er habe lediglich auf Grund von Mitteilungen aus Richterkreisen behauptet, daß von den Dienstausführenden auf die Richter betreffs des Strafmaßes einzuwirken versucht worden sei. (Ein Vorwurf gegen den Minister habe ich vollständig fern gelegen.)

Der Zultizetat wird genehmigt. Es folgt die Beratung des Kultusetats.

Abg. von der Dieck (son.) berichtet über die Verhandlungen in der Kommission.

Abg. Heckerath (son.): Wir erwarten von Kriege eine sittliche und religiöse Erneuerung und Wiederbelebung. Die Geistlichen leisteten während des Krieges Hervorragendes. Dem Minister lege ich das Wohl der Auslandsgemeinden aus Herz, die durch den Krieg sehr gelitten haben. Die selben Konfessionen mögen sich nicht bekämpfen. Auch Christentum und Islam sollten sich gegenseitig befruchten und fördern. Fördern wird auch das geistige Zusammenwirken mit dem gefunden Worte der Bultgaren sein. Unsere Diplomaten müssen mit besseren Kenntnissen des Auslandes ausgestattet werden. Wir wollen beibringen, in uns den Geist der unerschütterlichen Pflichttreue, der das Volk groß und stark gemacht hat, für alle Zukunft zu erhalten.

Abg. Hühoff (fortschrittl. Volksp.): Wir stimmen der jetzigen Verhandlungsart unter der Voraussetzung zu, daß sofort nach Friedensschluß die hiesige Praxis wiederhergestellt wird und die volle Befreiheit wieder zur Geltung kommt. Wir hoffen, daß nach dem Westtriede in Deutschland Kunst und Wissenschaft sich wieder, wie der Wöhrig aus der Asche, erheben. Die technischen Handelskulturen werden nach dem Kriege sich erheblich vermehren müssen. Erwinoff ist nach dem Kriege die Enderung einer Schulkonferenz, in der schwebende Schulfragen erledigt werden können. Weiterberatung Dienstag 11 Uhr.

Die Ernährungsfragen im Ausblick.

Bei der fortgesetzten Beratung des Ernährungs-Ministeriums führte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern aus, man werde damit rechnen müssen, daß die feindlichen Länder im Westen erheblich stärkere Zufuhren nötig haben werden als vor dem Kriege. In Rußland und Rumänien gehe die Produktion gleichfalls zurück, und in Nordamerika

Dein ist mein Herz.

Originalroman von S. Courts-Vialler.

24 Fortsetzung. Handlung verboten.

„Sie sind wahrhaftig selbst ein großes Kind, lieber Baron. Lassen Sie nur Mut, mit erstlichem Willen geht alles. Ich will Ihnen gern helfen, soviel ich kann. Und zuerst, für die ersten Tage, bringen Sie mir Ihre kleine Rita nur hierher. Sagen Sie ihr, daß Sie erst Vorbereitungen zu ihrer Aufnahme treffen müssen. Dann lassen Sie sie erst einmal einige Zimmer für sie einrichten. Ein Schlaf- und Ankleidezimmer und ein Boudoir genügen vorläufig. Wer weiß, ob sich nicht sehr bald ein Freier finden wird für Ihre Tochter. Dann werden Sie Ihre Pflichten wieder selbst. Aber bis dahin müssen Sie sich mit ganz kleinen Wünschen ins Unvermeidliche fügen. Und geben Sie acht — es gefällt Ihnen schließlich sehr gut, ein junges Töchterchen im Hause zu haben. Ich werde mich der jungen Dame auch nach Kräften annehmen, um Sie zu entlasten, soviel es geht. Sie wird ja hoffentlich Vertrauen zu mir fassen. Nur muß sie jetzt vor allen Dingen wissen, daß ihre Heimat bei ihrem Vater ist. Sie darf um keinen Preis merken, daß sie Ihnen ungeliebt kommt, lieber Baron. Gehen Sie achsam mit der jungen Geese um, an der schon viel gegündigt wurde.“ Er sprang auf und ging einigemal im Zimmer auf und ab. Dann blieb er vor ihr stehen.

„Und die Gesellschaft? — Was wird man darüber denken?“

„Schädel mit leichter Ironie. „Geben Sie sich niemals viel darum gekümmert, was die Gesellschaft sagt und denkt.“ Ich glaube, das war Ihnen immer herzlich nebenbei. So legen Sie solchen Gerede auch jetzt keinen Wert bei. Erklären Sie ruhig jedem, der es hören will, daß Ihre geliebte Frau gestorben ist und Sie deshalb Ihre Tochter jetzt zu sich nehmen. Jeder Mensch wird das verständlich und richtig finden. Doch Sie verheiratet waren und geliebten sind, mehr tot lo monde. Es wird kaum Aussehen erregen, daß Ihr Töchterchen jetzt bei Ihnen leben wird. Man wird auch das, wie alles, was Sie tun und lassen, sehr interessant finden, und es werden Ihnen vielleicht noch einige schwärmerische Herzen mehr zufliegen.“ Ein tiefer Seufzer entstieg seiner Brust. „So ist's recht — verpönten Sie mich noch.“ Mit einem guten, fast wütenden Blick sah sie zu ihm auf.

„Ich spottete nicht. Sie wissen selbst recht gut, daß der Baron Viktor Walberg stets und immer einfant ganz der Gesellschaft sein wird, wie er es stets gewesen ist.“

Der Baron sah ihn, daß ihm alles nichts half. Er mußte sich mit dem Gedanken vertraut machen, Rita in sein Haus aufzunehmen. Hat er es nicht, so verheiratete er sich gar noch die Freundin Maria Trossfelds. Sie hatte ihn so vorwurfsvoll angesehen. Und so mahnend und warnend blühten jetzt ihre Augen. Kein — es ging nicht anders — er mußte sich fügen. Und schließlich hatte seine kleine Freundin recht, wenn sie in diesem Falle unerbitlich war. Es wäre grausam gewesen, Rita das Vaterhaus zu verlassen.

Und dennoch, es war ein furchtbar unbehagliches Gefühl. Die gute Erzengel dachte sich das so leicht, so ein junges Mädchen in einen Jungfrauenhausstand zu verpflanzen. — Lieber Gott, da mußte alles ungekrempelt werden. Es gab da in seinen Zimmern allerlei, was für die reinen unschuldsvollen Kinderangen seiner Tochter nicht geschaffen war. Da mußte er erst sorgfältig haben und ordnen. Aber das konnte er mit einer Dame nicht erörtern, auch nicht mit seiner sonst so verständigen einflussreichen Freundin. Mit Damen konnte man über solche Dinge gar nicht reden. Auf alle Fälle war das eine verwerflich ungemütliche Situation, in die ihn seine kleine Rita gebracht hatte, ohne es zu ahnen. Er hätte den Zwang, eine Ehefrau um sich zu haben, nicht ertragen können, und sollte nun eine erwachsene Tochter um sich haben, der gegenüber er doch noch viel mehr Rücksicht nehmen mußte. Es war immer noch, und doch gab es für ihn nun keinen Ausweg aus dieser Klemme, da ihm seine gute Freundin glatt jede Hilfe verweigerte.

Und er war doch so voll Hoffnung zu ihr gekommen, überzeugt, daß sie ihm alle Hindernisse aus dem Wege räumen würde. Er durfte nicht einmal dazwischen rekonstruieren, erkens, weil sie ja nun einmal betrübend recht hatte, und zweitens, weil er um alles nicht ihre gute Meinung verwerfen wollte. Sichtlich bekommen erhob er sich.

„Also liebte, teuerste Erzengel, ich darf Ihnen noch heute abend meine Tochter bringen. Für eine kurze Zeit geben Sie ihr Obdach in Ihrem Hause, bis ich alles Nötige zu ihrer Aufnahme bereit habe?“

„Sie redete ihm mit warmem Blick die Hand. „Ja, lieber Freund, bringen Sie mir das Kind. Ich lasse sofort ein Gastzimmer in Ordnung bringen. Und nun machen Sie ein freundliches Gesicht und fügen Sie sich ohne Widerstand ins Unvermeidliche. Sie sollen ja, binnen kurzer

Zeit ist es Ihnen ein liebes behagliches Gefühl. Ihr Töchterchen um sich zu haben. Es kommt auch für Sie, den ewigen Tungen, eine Zeit, wo sie sich nach einer finden weichen Hand sehnen.“

„Das konnte er sich zwar absolut nicht denken, aber er widerstand nicht. Es hatte doch keinen Zweck. Er kam sich vor wie ein Vogel, der, an Freiheit gewöhnt, nun plötzlich in einen Käfig gesperrt werden sollte.“

„Also auf Wiedersehen in kurzer Zeit, teuerste Erzengel. Sie haben doch nichts vor heute abend?“

„Nein, nein, ich bin zu Hause und Sie sind mit Ihrer Tochter zu jeder Stunde angenehm. Nun gehen Sie, lieber Baron, lassen Sie das arme Kind nicht zu lange allein. Sie wird ein gar schmerzliches Herz haben, die arme kleine Rita — viel schwerer als das Ihre, lieber Freund, vergessen Sie das nicht.“

„Er küßte ihre Hand.“

„Ich will es nicht vergessen. Wenn ich auch ein Rabenvater bin — lieb habe ich das Kind doch.“

„Das glaube ich Ihnen, und das erfüllt mich auch mit Hoffnung für Sie beide. Und — was mir eben noch einfällt — es dürfte wohl gut sein, wenn Sie an Ritas Stiefvater depedieren und Ihre Ankunft melden. Man wird dort doch in Sorge sein.“

„Er lächelte verbindlich.“

„Sie denken an alles, liebe Maria, und ich bin wieder einmal Ihr Schuldner.“

Schnell verabschiedete er sich nun und ging. Mit einem guten Willen schloß sie ihm nach. „Großes Kind! Wie leicht wäre es mir gewesen, ihm dies „Unbequemlichkeit abzunehmen. Gern würde ich das arme junge Ding zu mir nehmen; ich kann mich denken, daß ich es lieblich lieb gewinnen würde. Es ist ja meine Tochter. Aber es wird ihm so gut, so sehr gut sein, wenn er aus seinem Junggefallen-Egoismus ausgerüttelt wird, wenn sein Herz sich einem guten reinen Gefühl öffnet, wenn er endlich einmal empfinden lernt, wie sehr Sorgen und Pflichten die Menschen aneinanderbinden können. Sein Leben wird wertvoller werden, wenn er es nicht nur in leichter Tändelei verweilt. Er muß nur erst merken, wie glücklich und behebenswert er ist, daß er die Liebe eines Kindes besitzt.“ So dachte Maria Trossfeld.

Und dann erhob sie sich, um Befehl zu geben, daß ein Zimmer für ihren jungen Gast hergerichtet würde. (Fortsetzung folgt.)

WTB. Berlin, 25. Febr. (Amstsch.) Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 24. Februar 1917 ist der Geltungsberich der Verordnungen von Mineralölen, Mineralölzerzeugnissen, Erdwachs und Kerzen regelnden Verordnung vom 18. Januar 1917 auch auf Paraffin, das nicht aus mineralischem Rohöl, sondern aus anderen Rohstoffen (insbesondere aus Braunkohlen und Schiefer) gewonnen ist, ausgedehnt. Solches Paraffin wird in erheblichem Umfange bei der Herstellung von Kerzen verwendet. Ferner ist Paraffin auch bei der Herstellung von Kerzen verwendet. Ferner ist Paraffin auch bei der Herstellung von Kerzen verwendet.

Ausland.

Wichtiges des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn.
T. U. Wien, 26. Febr. Nach 18monatlichen Verhandlungen wurden vorgestern in Wien die zwischen der österreisch-ungarischen und ungarischen Regierung geschlossenen Verabredungen über den wirtschaftlichen Ausgleich abgeschlossen, doch sind die getroffenen Vereinbarungen nur als vorläufige anzusehen, die nach dem Kriege, entsprechend der Neuordnung der internationalen Handelsbeziehungen, einer Abänderung unterzogen werden können. Die Verhandlungen, die in den letzten Monaten nach besonderer Anordnung des Kaisers beschleunigt geführt wurden, sollen vor allem als Basis für die Verhandlungen in Deutschland dienen, die in den ersten Märztagen beginnen sollen.

Der nachdem Aufstand auf Kuba.
T. U. New York, 26. Febr. Die Lage in Havanna ist ernst. Der Aufstand nimmt zu.

Halle und Umgebung.

Halle, den 27. Februar 1917.

Der deutsche Handwerks- und Gewerbeverband hatte für den vergangenen Sonntag eine vertrauliche Versammlung hier abgehalten, um zu der bevorstehenden Managierung der hiesigen Gewerbevereine die besten Ansichten zu erheben.

Die Versammlung, die vormittags im Stadtorbitenamtssaal stattfand, war sehr zahlreich besucht. In ihr hielt Herr Professor Bruckmann einen eingehenden Vortrag über die allseitige Organisation der Krankenversicherung für den notwendigen Mittelstand. Er führte aus, daß eine Reihe von Umständen dieser Versicherung in der gegenwärtigen Zeit sehr ungünstig seien. Die allseitige Organisation der Krankenversicherung für den notwendigen Mittelstand ist ein sehr wichtiges Problem, das in absehbarer Zeit eine Lösung finden muß. Die allseitige Organisation der Krankenversicherung für den notwendigen Mittelstand ist ein sehr wichtiges Problem, das in absehbarer Zeit eine Lösung finden muß.

Starke Maßnahmen des Kriegswirtschaftsamt gegen unerlaubte Fleischabgabe in Gastwirtschaften.
Das Kriegswirtschaftsamt teilt mit: Die von dem Beamten des Kriegswirtschaftsamt vorgenommenen Beobachtungen von Berliner Gastwirtschaften eraben am Freitag, den 2. Februar, daß in dem Restaurant „Gambirius“, Treibitz, Johannstraße 21, Fleischspeisen an Stammtische abgegeben wurden, obwohl nach den gesetzlichen Bestimmungen die Abgabe von Fleisch in Gastwirtschaften verboten ist. Auch wurden diese Speisen Fleischspeisen nicht abgegeben. Die sofort von dem Beamten des Kriegswirtschaftsamt angeleitete Untersuchung ergab, daß der Inhaber des Restaurants, Gastwirt Karl Peters, in großen Mengen Fleisch aufgetaut hatte, das aus unerlaubten Schlachtungen stammt. Zu Peters durch die hiesigen Fleischspeisen dargelegte, die gleichzeitige Verletzung des Fleischabgabeverbotes ist dem Beamten des Kriegswirtschaftsamt mitgeteilt worden. Es ist beabsichtigt, wurde er durch das Kriegswirtschaftsamt sofort in Haft genommen und der Staatsanwaltschaft angeklagt, welche ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet hat. Außerdem aber hat das Kriegswirtschaftsamt auf Grund der Befandmachung zur Befristung unverzüglicher Verleson vom Handel dem Peters den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere aber die Abgabe von Speisen und Getränken in Gastwirtschaften untersagt. Peters hat demzufolge am 15. Februar das Restaurant „Gambirius“ schließen müssen.

Die Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt plant neben der bereits bestehenden Schreibstube für Straftatklasse die Errichtung einer weiteren Hebergangsstation für Straftatklasse der handarbeitenden Sträflinge. Sie unternimmt hierzu eine Reise in die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt, um die Verhältnisse der Gefängnisse zu untersuchen und die Errichtung einer weiteren Hebergangsstation zu planen. Es ist beabsichtigt, es im Herbst für 30 Insassen zu bauen.
In der St. Georgenkirche findet am Mittwoch, den 28. Februar, abends 8 Uhr, Kriegsgebetstunden (ausgel. Passionsgottesdienst) in der St. Georgenkirche statt, die von Herrn Pastor Sellmann gehalten wird.
Der Verein für Gesundheitswesen in Halle und Umgegend, S. B. hat am 28. Februar, abends 8 Uhr, seine Hauptversammlung in der St. Nikolaikirche mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstehers. 2. Bericht über den halbjährlichen Verhandlungstag, Herr Prof. Dr. von Schöllen. 3. Rechnungslegung. 4. Vorstandswechsel. 5. Wahl der Kassenschrift. 6. Satzungsänderung. 7. Urträge und Allgemeines.
Die Ortsgruppe des deutschen Städtischenvereins hält Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in der St. Nikolaikirche eine öffentliche Versammlung, in der über Fragen der öffentlichen Städtischen Verwaltung gesprochen werden soll. Der Vorsitzende, Herr Prof. Dr. von Schöllen, wird die Verhandlungen leiten. Es ist beabsichtigt, es im Herbst für 30 Insassen zu bauen.

ren niemals prinzipielle Gegeneinander. Er war für uns stets eine Beschränkung. Unsere Haltung war ein kluges Abwägen von Vorteil und Nachteil. Was heute möglich ist, konnte am 1. März 1916 eine katastrophale Torheit sein. Die militärischen und politischen Gründe der Forderung der Festsitzung sind klar, auch der Zeitpunkt gut gewählt. Redner gestellte die einseitige Neutralität der Regierung der Vereinigten Staaten ohne die schamlose Unterstützung der Feinde durch die Regierung der Vereinigten Staaten wäre das Wort in die Zukunft zu Ende. Die Übertragung der Monroe-Doktrin auf Europa und der Befehl der ganzen Welt gegen das ungesetzliche Vorgehen, das zum politischen Großverbrechen der Selbstverweigerung der bestehenden englisch-freundlichen Regierung in Amerika. Das deutsche Volk will mit dem amerikanischen Volk Frieden und Freundschaft halten, aber die Selbstverweigerung, uns nicht verbieten zu lassen, was die Regierung der Vereinigten Staaten nicht mag, den Feinden zu verbieten. Der U-Boot-Krieg ist völlerrechtlich und moralisch unannehmbar. (Sehr richtig!)

Die Feinde verlangen Sühne, Wiedergutmachung und Vergeltung. Das verlangen wir auch; Sühne für das verübte Verbrechen, Wiedergutmachung des gestohlenen Ansehens, der schweren Schädigung deutschen Lebens, deutscher Ehre, deutschen Eigentums, reale Vergeltung gegen eine Überhebung solcher Entstellungen und Angriffe, die uns in den fürchterlichen Krieg verwickelt haben. (Sehr richtig!) Wie diese realen Vergeltungen auszuführen, vor allem in territorialer Richtung, hängt von dem Ausgang der kriegerischen Operationen in der nächsten Zeit ab. Unsere Lage ist militärisch durchweg gut.

Die einzige Hoffnung der Feinde hängt sich nun nach auf die Währungsänderung durch den Hunger. Aber auch unsere Bureokratie bringt das deutsche Volk nicht zu Boden. (Sehr gut!) Wir schaffen! Handel und Industrie sollen die neuen Steuern wieder tragen. Am besten läßt sich erscheinen die neuen Verkehrssteuern. Es muß gründlich überlegt werden, ob nicht eine Vereinfachung und Vereinfachung unseres Verkehrswezens uns weiter bringt, als diese böse Belastung der Industrie. Wir das Treiben gegen den Reichstag. (Sehr richtig!) Wir haben den Reichstag in der auswärtigen Politik unerschützt. Die Haltung der Regierung in der Frage ist, und das Familienfideikommiss machen uns tief mißtraulich (sehr richtig), ebenso die Haltung des Stellvertreters des Reichspräsidenten in der Frage des Besatzungszustandes, der Zensur und der Schutzhaft. Was helfen die schönsten Reden; wir müssen ein stärkeres und freieres Deutschland schaffen, freie Bahn für alle Tüchtigen usw.

Schon jetzt trotz des Burgfriedens die Reaktion ein und bespottet, nicht das Volk, sondern die Anspornen gewisser Kräfte hätten den Staat gerettet. Kein! Die moralische Kraft, die sich ihres Wertes bewußt geworden ist, hat den moralischen Sieg schon heute errungen.
Hierauf sprach Reichstagsabg. Waldhein über das preussische Fideikommissgesetz.
Die Einbringung der Fideikommissvorlage ist eine — angeblich sachliche! — Schrecke für den Liberalismus; läßt er sie fallen, so hat er sie verdient. Wir haben während des Krieges mit Bewußtsein eine unferen parteipolitischen Interessen nicht immer dienliche Enslangung und Zurückhaltung bewahrt. Jetzt gilt es, hart zu bleiben. Folgende Einschüchternung wurde einstimmig angenommen: „Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei erklärt in der preussischen Fideikommissvorlage eine schwere Einschränkung des Burgfriedens und hebt einschüchternen Anspruch gegen den Verfall, die Fideikommissfrage im Interesse einer Keinen, an sich schon bevorrechtigten Oberschicht während des Krieges zu regeln, während gerechte und dringliche Ansprüche des Volkes, insbesondere die Fideikommissreform in Preußen, unter Berufung auf den Burgfrieden zurückgestellt werden.“

Der preussische Volksentscheid bringt nicht eine wirksame Einschränkung und Einschränkung von Fideikommissgründungen, sondern deren starke Vermehrung und Entschärfung gegenüber dem bisherigen und stets bekämpften Zustand und steht in vollkommenem Widerspruch zu einer gesundem Staat, Ansehens und Bevölkerungspolitik. Der Zentralausschuß lehnt ihn daher grundsätzlich ab.
Der Zentralausschuß dankt der Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei für die entschlossene Bekämpfung der Vorlage und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Entscheidung über die Fideikommissfrage der Zeit nach im Kriege vorbehalten bleiben wird.“

Reichstagsabg. v. Kaper schloß die Verhandlungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß, wenn der Zentralausschuß das nächste Mal zusammentritt wird, die Entscheidung des Krieges schon gefallen sein wird.

Deutsches Reich.

Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischer Wirtschaftskongress in Berlin.

Mitte März d. J. finden in Berlin gemeinsame Verhandlungen des Deutschen, Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, des Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes und des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes statt, denen aus Kreisen der Industrie und des Handels Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns und nach dem Kriege, auch es werden hierbei die namhaftesten Vertreter der Industrie und der Volkswirtschaft der verdrängten Länder das Wort nehmen. Es liegen bereits zahlreiche Anmeldeungen zur Teilnahme an den Verhandlungen sowohl aus Deutschland wie auch aus Oesterreich und Ungarn vor, insbesondere werden eine große Zahl deutscher Handelskammern und großer wirtschaftlicher Verbände ihre Vertreter entsenden. Der Tagung wird ein Begrüßungsabend in den Wandelhallen des Reichstages vorangehen.

werde die erste Hälfte des Heftens von Karl zurückgeben. Argentinien Kanada, Australien usw. haben diesen Heften ihre eigenen Ausfall von 20 Millionen Tonnen an Weizen, 40 Millionen an Getreide, Hafer und Mais. Auch nach dem Friedensschlusse haben wir auf eine erhebliche Zufuhr nicht zu rechnen und werden also bis zur nächsten Jahre auf eigenen Füßen stehen müssen. Wir müssen also unsere Eigenproduktion stärken. Ein Nationalliberaler (Bauernbündler) erklärt, seinen früheren Widerspruch gegen eine Erhöhung der Preise in Anbetracht der fast gelagerten Produktionskosten nicht aufrecht erhalten zu können. Durch ungeschickte Maßnahmen der Verwaltung haben die wichtigstehrenden Kleinbetriebe sehr gelitten. Besonders habe die

Ausgangszeit der preussischen Landwirtschaft.
auf diesem Gebiete viel Unzufriedenheit erzeugt. Die Herabsetzung der Schweinepreise sei bedenklich. Bei der Verteilung der Getreide habe keine Ungerechtigkeiten sehr vorkommen. Ein Volksparteiler begrüßt den Entschluß des Kriegsernährungsamtes, die Preisgestaltung so zu regeln, daß ein Anreiz zur Verfrachtung nicht mehr wie bisher vorliege und daß die Ernährung mehr auf vegetabilische Grundlagen gestellt werde. Viele Wirtschaftler seien auf den zu hohen Viehbestand zurückzuführen. Auf der einen Seite standen die drastischen Verbote der Verfrachtung von Brotgetreide, auf der anderen Seite der Anreiz dazu durch die verkehrte Preisregelung. Von der reichen Kartoffelernte von 1915 (64 Millionen Tonnen) hat der große Viehstand nur 10 Millionen in Millionen verbraucht. Die Erhöhung der Brotgetreidepreise sei in der jetzigen Zeit doch sehr bedenklich, grundsätzlich jedoch sei die Fortschrittspartei mit der neuen Preisgestaltung einverstanden, nur seien die vorgeschlagenen Sätze zu hoch. Der Redner verlangt Untersuchung darüber, ob tatsächlich in Süddeutschland Getreide gebaut und verbrannt werde, die nicht dazu bestimmt sei. Die allzu hohe Bewertung der Festsätze könne nur zum verstärkten Verbrauch von Getreide anregen.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes gab zu, daß im Durchschnitt diejenigen Landwirte, die unter günstigen Verhältnissen am meisten produzieren und Getreide bauen konnten, im Nachteile gewesen seien. Da die vorgeschlagenen Preise nicht richtig seien, könne kein Mensch sagen, wenn die Getreidepreise allzu tief gedrückt würden, dann müßten kein Mensch mehr müßen. Ein Sozialdemokrat trat für vermehrte Zentralisierung ein. Es müsse möglich bald die ganze Erntemenge in eine Hand

gebracht werden. Große Bestände seien noch in den Händen der Produzenten und der Anreiz zur Verfrachtung sei sehr besonders groß. Wenn nötig, müsse der Verlesonverkehr zeitweise völlig eingestellt werden, um die Verkehrsverhältnisse zu überwinden. Die Getreide- und Getreideerzeugnisse, mit welchen Schwierigkeiten und Genuerieren die Verwaltung zu tun habe. Alle Zugsbetriebe, auch die Bismarckbetriebe, müßten verschwinden. Der Tabakbau sollte eingeschränkt werden. Der Redner schloß ausgedehnte Berechnungen an, um darzutun, wieviel ungeheure Summen den Landwirten zugesprochen seien. Diese sollten also jetzt bescheiden sein. Die vorgeschlagene Preisregelung erzeuge ganz ungebührlich. Präsident von Salotti erklärte, daß nach Auskunft der Viehwirtschaftswaltung ein mittleres Einkommen für die Viehwirtschaft zu erwarten sei. Die Viehwirtschaft werde nicht mehr in die Höhe getrieben werden. Mögliche Befreiung des Tabakbaues sei nicht zu empfehlen. Trotz hoher Bebauungsprämien in Frankreich liegen große Flächen unbebaut. Die Militärbehörden des Vorkrieges dürfe man nicht zugrunde legen. Die Produktion sei zurückgegangen. Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wandte sich gleichfalls gegen die Vorläufe der Preisregeln und die bevorstehenden Preisverordnungen des Kriegsernährungsamtes. Ein Vertreter dieses Amtes erklärte, daß in den beleagerten Gebieten überhaupt nur Insemet ein Produktionsweg durchgeführt sei, als man die Bewohner angehalten haben, den Boden überhaupt zu bebauen. Der vom Vorkredner geforderte landwirtschaftliche Produktionsweg sei nicht durchführbar. Das habe auch der Sozialdemokrat Dr. Schulz nachgesprochen. Der deutsche Fleischmarkt sei mit dem Gulischen des Professorens nicht einverstanden.

tiefster und die preussische Landwirtschaftsverwaltung haben die Herabsetzung der Viehpreise. Ein Nationalliberaler behauptet, daß jetzt die gesamte Getreidebeschlagnahme vorliege, und verlangt Sicherung des für die Zukunft nötigen Futters. Ein Konfessionar (Bund der Landwirte) betonte, daß die Saatartoffeln nicht angegriffen werden dürfen. Durch große Verdienste habe man die industrielle Produktion gefördert; der Landwirtschaft verweigere man das gleiche. Werde aber die Produktion nicht gefördert, so komme man immer mehr zur externen Wirtschaft und zum Rückgang der Erzeugung. Für die beschlagnahmten Körner sollte man den Landwirten Rente zuweisen.

Wenn man dem Landwirt nur ein Hund Karoffeln pro Kopf und Tag lasse, so lasse man ihn völlig blank. Vor der Herabsetzung der Viehpreise müsse er warnen. Alle anderen Preise seien hoch im Steigen. Eine Relation zwischen Futters und Viehpreisen sei schon im Frieden fast unmöglich, im Kriege ganz, weil die ausländischen Futtermittel fehlten. Der Großgrundbesitzer verzögere nicht, für sich die Vorteile in der Hand zu behalten, sondern nur, weil es unannehmlich ist, feuchtes Getreide zu reifen. — Präsident von Salotti führte aus, daß die vom Vorkredner verlangten Nachweise über die Auslandspreise und eine Zusammenstellung der beschlagnahmten Preise vorgelegt werden soll. Die Professorens hätten absichtlich weder mit dem Kriegsernährungsamt, noch mit dem preussischen Landwirtschaftsministerium, noch mit dem deutschen Landwirtschaftsministerium, noch mit dem Bundes der Landwirte Verbindung genommen. Sämtliche Staaten ahmen unser System nach, sobald sie es für nötig halten. Das System hat sich in seinen Grundzügen bewährt. Das Freilassenlassen im geschlossenen Handelsstaate ist unmöglich.
Weiterberatung: Montag nachmittags.

Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei.

Der U-Boot-Krieg. — Gegen das Fideikommissgesetz.
Die Verhandlungen des Zentralausschusses der Fortschrittspartei wurden gestern zu Ende geführt. Dr. Müller sprach über die politische Lage.
Nach der Ablehnung des Friedensangebots haben sich die politische und militärische Lage für die unbeschränkte Anwendung der U-Boot-Waffe entschieden. Wir Fortschrittler wollen

